

und einen militärischen Gordin an unserer Westgrenze belassen. Wird aber ein militärischer Ueberwachungsdienst an unserer Ostgrenze errichtet, so leidet unsere Unabhängigkeit viel mehr als sie durch die schwachen Polizeidienste der gar nicht militärischen Schweiz. Finanzwaage vermeintlich gelitten hat. Was ist nun mit dem Deutschenhaß in den Ententeestaaten? Daran wird auch unser Hollandschluß an die Schweiz nichts verbessern, denn dieser Haß wird sich nicht bloß auf die Reichsdeutschen und Deutschösterreicher erstrecken, er greift in sich alle Völker deutscher Zunge. Der Herr „S“ weiß vielleicht, daß ostschweizerisches (also deutschsprechendes) Militär ganz zu Anfang des Krieges in Freiburg in der Schweiz ausgedrückt wurde. Also deutsche Eidgenossen von welschen verhöhnt! Das ist aber nur ein Beispiel von vielen.

Zum Ausbau unserer Arbeiterversicherung sind wir nicht zu klein. Unsere Sozialpolitik wollen wir selbst ausbauen, wie es unseren besonderen Verhältnissen am besten zuzugut.

Wenn wir dazu dann noch einen Teil unserer Zollrückstände verwenden sollen, wie es in dem D. N. Artikel bezogen ist, so können wir das sehr gut tun. Ich habe nur die Ansicht, daß wir der Landeskasse zuerst wieder das verlorene Gleichgewicht verschaffen müssen. In einen Handelsvertrag würden wir Bestimmungen über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung unbedingt nicht aufnehmen können. Einige Zweige dieser Versicherungen sind überhaupt auch in der Schweiz erst im Entstehen begriffen.

Was ich über den Hollandschluß an die Schweiz denke, habe ich erst kürzlich ausführlich genug geschrieben.

Zum Schluß: „Das Papier erötet nicht“ schreibt der Herr „S“! Sei er dessen froh! Kein Mensch hat mehr Ursache, mit dem Papier zufrieden zu sein, als er. Was würde das erst geben, wenn das Papier farbenempfindlich wäre!

Später mehr, wenn Sie wollen, Herr „S“.

Eingekandt. Am 31. Juli fand an der Sekundarschule in Eschen die Schlußprüfung statt. Neben der Prüfungskommission hatten sich mehrere Gäste und sogar die ganze Lehrerschaft des Unterlandes eingefunden. Die Leistungen konnten in allen vorgenommenen Fächern als gut bezeichnet werden.

Glückliche Ferien und dann wieder frisch ans Werk!

Zwei Stenographen hinter den Kulissen. Baduz den 6. Juli 1919.

Zu meinem Vortrag in Baduz hat mich niemand gerufen, kein Geistlicher und kein Laie und keiner konnte den näheren Inhalt desselben zum Voraus wissen, darum trage ich die Verantwortung dafür auch ganz — allein. Und fürchte mich nicht, diese Verantwortung zu tragen. Es soll nur niemand fürchten, ich hätte mich verprochen, denn ich rechne damit, daß Dr. W. B. in meinen Vortrag komme. Die Stenographen hinter den Kulissen nützen also nichts. Sie nützen auch vor dem Landgerichte nichts, denn zwei hinter Kulissen können zusammen schreiben, was sie wollen.

Wenns nötig wird, schwöre ich vor Gericht einen Eid, daß in Nr. 50 der „Oberb. Nachr.“ („Unterländer“) vom 9. Juli die Sätze falsch sind: „... entweder gutwillig oder auch, wenn es Blut koste.“ — Dieser Ausdruck... auch wenn es Blut koste“ ist eine Lüge, eine Erfindung, eine Verleumdung.

Beide Artikel in Nr. 50 der „Oberb. Nachr.“ „Eine blutdürstige Herausforderung“ und in Nr. 54 „Zur Blutkege“ sind — horrende Verdrehungen meiner Rede. In Walzers können mir zirka hundert Mann Zeugen sein, wie Dr. Wilhelm Beck in der Diskussion der Versammlung für die landwirtschaftliche Schule — meine Worte verdreht. Darum soll sich niemand über jene Artikel in Nr. 50 und 54 wundern, denn entweder ist — er der Verfasser oder einer aus seiner politischen Schule.

Ich fordere als Richtermeister in Richterstein das — Recht auf Wahrheit. Ist die Valuta der Wahrheit in unserem Vaterlande unter die der Papierfälscher gesunken? — Richtig ist, was die zwei Artikel im „Volksblatt“ Nr. 55 vom 12. Juli ausführen. Wenn ich die Wahrheit wissen will, lese ich das „Volksblatt“ und nicht die „Oberb. Nachrichten“.

Meine, im Vortrag ausgesprochene — Beschränkung, es werde in Richterstein noch Blut fließen,

glücklicher Mensch war ich doch früher! Mein Liebes kleines Mädchen vergalt mir in reichem Maße all die Enttäuschungen, die das Leben mir guschickte. Was für ein goldenes Herzchen hatte aber auch meine kleine Ma, wie wartete schon das winzig trübende Mädchen an der Bordbordtür auf des heimkehrenden Vaters Tritt, wie jauchzte sie mir entgegen, die runden Armechen weit ausgebreitet und die Sonne in den lieben Augen! Und als sie dann zur Schule ging, wie sie da den Weg nach dem Theater fand und Stundenlang getreulich vor diesem ausfiel, bis endlich der Vater kam und sie sich ihm an den Arm hingab, da war ihr kein Wetter zu schlecht. Konnte sie durchwitschen, so war sie gewiß zur Stelle.“

„Und sollte sich regelmäßig einen klüglichen Schnupfen“ fiel seine Frau trocken ein. „Was habe ich mich über diese Dummheit damals geängert!“

„Ma, ja, sie hat sich manchmal die Füße erkältet.“ bemerkte Heinsdorf fastlässig. „Als unser Kind aber in deine Schule kam, da erklärte sie sich ihr Herz und dieser Zustand ist chronisch geworden. Weib, was hast du aus dem fröhlichen, warmherzigen Mädel von ehedem gemacht!“ rief er schmerzlich aus und ließ sich vor seiner Frau nieder. „Vergeßlich suchte dich dein Vater gegen ihre Fehler zu sein, alle Vaterliebe kann die schmerz-

fördert Dr. W. B. in den „Oberb. Nachr.“ Nummer vier Nummer.

„Der Grundton“ meiner Rede war nicht: „wohl anerkenne die Volkspartei den Fürsten, aber sie wolle ihm alle Rechte wegnehmen.“ Ich habe nie gesagt, die Volkspartei anerkenne den Fürsten. Das ist wieder eine Erfindung, erfunden hinter den Kulissen.

Der Grundton meiner Rede war: „Wir sollen in der Politik den Boden der Kirche nicht verlassen“.

* * *

Herr Dr. Wilhelm Beck!

Ich behaupte:

1. Daß Ihre bisherige Politik nicht christlich-sozial ist.
2. Daß Ihr Ziel, soviel ich sehe, nach wie vor die Abkehrung des Fürsten ist.
3. Daß sie für keine friedliche Vereinbarung mit der Bürgerpartei zu haben sind.

Wenn Sie nun offen erklären vor dem ganzen Lande, daß Sie in Zukunft Ihre politischen Handlungen nach den Lehren der katholischen Kirche, nach den Weisungen des hochwürdigsten Diözesanbischofes (Hirtenbrief Nov. 1918) richten werden und diese Erklärung auch befolgen, dann werde ich obige Behauptungen auf, dann können wir wieder Ihre Freunde werden, dann haben Sie die Geistlichen nicht mehr als Gegner.

Ihr Landsmänner im Oberland, Ihr habt in jeder Gemeinde ruhigenkende Mitbürger mit klarem Verstande und treuem Herzen! In ihre Hand legt bei einer kommenden Wahl die Geschichte unserer Heimat! Alfons Büchel, Landkaplan.

Eingekandt. Ich sandte vergangene Woche ein Eingekandt an die Redaktion der „Oberb. Nachrichten“. Da es nicht erschien, muß ich annehmen, daß es auf dem Postwege verloren ging. Es lautete:

„Die letzte Nummer der „Oberb. Nachrichten“ beschäftigte sich in weitgehendem Maße mit H. S. Kaplan Alfons Büchel. Man gewinnt den Eindruck einer Generalkritik gegen den harmlosen Herrn. Daß die getroffene Seite nach dem Vortrag vom 6. Juli sich zur Wehr setzte, war ihr volles Recht, allein es schien doch in der vorhergehenden Nummer genug getan. Ich will in keiner Weise bei dem Streite Partei nehmen, nur zwei Punkte will ich aus dem sogenannten „Eingekandt“ herausgreifen.“

Eine Stelle gibt H. S. Büchel den Rat in Wollerau zu bleiben und meint, welcher Art werde wohl die Wirksamkeit dieses Herrn sein? Ich verbrachte acht Tage meiner Ferien nach dem Vortrag in Wollerau (Hotel Hirschen) und ich kann bezeugen, daß die Leute daselbst allgem. seine Wirksamkeit, seinen Eifer und seine Pflichttreue in lobenden Worten anerkannten. H. S. Büchel genießt in Wollerau großes Vertrauen und Ansehen.

Eine andere Stelle liest durchblicken, der Priester solle sich überhaupt nicht an der Politik aktiv beteiligen. Dem gegenüber muß festgestellt werden, daß jedermann im Rahmen der Gesetze am öffentlichen Leben tätigen Anteil nehmen darf. Auch der Geistliche als Bürger, bezahlt seine Steuern, er erwirbt sich sogar akademische Bildung, also genießt auch er die Rechte, welche die Gesetze jedem Landeskinde zuerkennen. Oder soll der Geistliche bevorzugt werden? Es soll ohne weiteres eingeräumt werden, daß ihnen manchmal die passivste Klugheit Reserve auferlegt, allein das Recht bleibt ihnen unbeschränkt. Ja die Beteiligung am Staatsleben kann für den Priester sogar zur Pflicht werden, wenn religiöse Interessen in Frage kommen. Es gab nun zu allen Zeiten Leute, welche mit frommem Nutzen an der Kirche des Priesters auf Kirche und Säkularie beschränken wollten. Diese wollten durch dieses Mandat das Wirken der Kirche am öffentlichen Leben ausschalten, damit ihre Weisheit besser blühe.

Nun glaube H. S. Büchel — ob mit Recht oder Unrecht bleibe dahingestellt — daß die letzten Vorwürfe im Lande und ihre weitere Entwicklung der Religion zum Schaden gereiche und diese Wahrnehmung veranlaßte ihn zu seinem Auftreten.

Wolle die verehliche Schriftleitung diese Zeilen aufnehmen! Dr. G. Marger, Parver, Davos.

Das Friedensangebot von 1917 und die deutsche Antwort.

Das Berliner Wolffs Bureau veröffentlicht den Wortlaut des Friedensangebotes, das der deutschen Regierung durch Vermittlung des päpstlichen Nuntius in München zugegangen ist und das Erzberger in seiner Rede in der Nationalversammlung erwähnte. Es ist von München, den 31. Aug. 1917 datiert und enthält unter Beifügung eines Telegramms, das vom englischen Gesandten beim Heiligen Stuhl dem Kardinalstaatssekretär übergeben worden war und dessen Ausführungen sich auch die französische Regierung, wie es im Schreiben des Nuntius heißt, angeschlossen, folgende Forderungen an die deutsche Regierung: 1. Eine bestimmte Erklärung über die Wünsche der laienlichen Regierung über die volle Unabhängigkeit Belgiens und die Entschädigungen für den Belgien durch den Krieg verursachten Schaden. 2. Eine gleichfalls bestimmte Erklärung der Bürgerchaften der politischen, ökonomischen und militärischen Unabhängigkeit von Deutschland.

In dem Schreiben des Kardinalstaatssekretärs wird dann erklärt, daß der englische Gesandte beim Nuntius seine Regierung bereits verständigt habe, daß der Heilige Stuhl antworten werde, sobald die Antwort der deutschen Regierung vorliege. Der Kardinalstaatssekretär drückt dann die feste Ueberzeugung aus, daß der Reichskanzler das unerbittliche Verdienst erwerben könnte um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn er mit einer persönlichen Note das gute Gelingen der Friedensbestrebungen erleichtern würde.

In der Antwortnote, die durch den damaligen Reichskanzler Michaelis vier Wochen später, am 21. September, erfolgte, heißt es mit Bezug auf Belgien: Im derzeitigen Stadium der Dinge sind wir noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Eminenz zu entsprechen und eine Erklärung über die Wünsche der laienlichen Regierung bezüglich Belgien und die von uns gewünschten Bürgerchaften abzugeben. Der Grund hierfür liegt keinesfalls darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätze oder glaube, ihre Wünsche und die ihr unumgänglich notwendig erscheinenden Bürgerchaften könnten ein unüberwindliches Hindernis für die Sache des Friedens werden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer solchen Erklärung bilden, bis jetzt noch nicht genügend abgeklärt zu sein scheinen. Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein und sie hofft, daß die Umstände ihr Vorhaben begünstigen, so daß sie in aller nächster Zeit in der Lage wäre, Eure Eminenz über ihre Wünsche und die künftigen Forderungen der laienlichen Regierung, insbesondere in Bezug auf Belgien, genau unterrichten zu können.

Die „B. Z.“ am Mittag“ gibt hierzu eine Erklärung des Generals Ludendorff wieder, in der gesagt wird, daß das Schreiben des Nuntius und das Antwortschreiben des Reichskanzlers dem General Ludendorff erst durch die Presse bekannt geworden seien. Er habe von diesem Schreiben nie etwas gehört. Andeutungsweise und geheimnisvoll wurde Ende August oder zu Anfang September der Dozenten Heresleitung mitgeteilt, daß England eine Friedensinitiative erstrebe. Völlig unabhängig hievon wurde dem General Anfangs August durch Oberst Haefen auf Grund ihm zugegangener Mitteilungen aus päpstlichen Kreisen des neutralen Auslandes mitgeteilt, daß England jetzt eine offene Erklärung Deutschlands über Belgien erwünscht sei. Der General glaube, es handle sich in beiden Fällen um die gleiche Angelegenheit und erklärte in beiden Fällen sein Einverständnis zu einer Erklärung über Belgien. Es fand eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Kronrat am 11. September. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel betreffend Belgien erzielt. Einige Tage darauf legte der Reichskanzler in einer Besprechung mit seinem Staatssekretär Dr. Helfferich und dem Staatssekretär von Mühlmann, welcher auch Oberst Haefen, Direktor Dörmlofer und ein Vertreter des Kriegspolitischen Amtes beizohnte, dar, die öffentliche Meinung in der Heimat und an der Front auf eine starke Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens hinsichtlich Belgiens

erstrebten Ziele vorzubereiten. Staatssekretär Mühlmann sprach sich aus unbekanntem Grunde dagegen aus. Ludendorff hat in diesen Tagen den Reichskanzler, von einer von ihm beabsichtigten Kriegsanforderungsrede Abstand zu nehmen, damit nicht etwa glückliche Verhandlungen erschwert würden. Am 20. September hatte Oberst Haefen, der ebenfalls von dem Schritt des Nuntius Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär von Mühlmann, in der er ihn auf Verlangen des Abgeordneten Hauptmann bat, eine offene Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte ab. Oberst Haefen erstattete hierauf der Obersten Heresleitung Mitteilung. Ludendorff hat später den Staatssekretär von Mühlmann oder den Reichskanzler gefragt, was aus der angeblichen englischen Friedensinitiative geworden sei. Er erhielt eine ausweichende Antwort.

Die große Abrechnung in Weimar endete mit einer vernichtenden Niederlage der Deutschnationalen und der Alldutschen, der ehemaligen Militärpartei, die Schuld an der Kriegsverlängerung ist durch die Entschuldigungen Erzbergers unwiderleglich an den Konservativ-Alldutschen und am Reichskanzler Michaelis haften geblieben. Der Berliner „Vorwärts“ schreibt, die Dokumente Erzbergers beweisen unwiderleglich, daß die Gegner Deutschlands mindestens zu einem gewissen Zeitpunkt eine Verständigung mit Deutschland anstrebten, daß diese Verständigung aber an der Schuld der Alldutschen und ihres Vertrauensmannes in der Regierung, des Reichskanzlers Michaelis, scheiterte. Die Alldutschen behaupteten, die Friedensresolution des Reichstages habe den Vernichtungswillen der Gegner gestärkt. Das Gegenteil stellt sich jetzt heraus: England unternahm eine deutliche, klaren Friedensschritt. Hier öffnete sich weit die Möglichkeit für Deutschland, mit Ehren und ohne materiellen Verlust, aus dem Kriege gegen die ganze Welt herauszukommen. Daß diese Möglichkeit verpaßt wurde, ist die Schuld des Reichskanzlers Michaelis. Dessen Haltung enthielt sich als die größte Hinterhältigkeit, die in der Weltgeschichte dagewesen. Die geschichtliche Rolle Michaelis stellt sich jetzt als die eines politischen Verbrechers dar, welcher das ganze Parlament und das ganze Volk mit Lug und Trug hinter sich führte. Seine Aufgabe war die Lüge. Er ging ins Amt als Vertrauensmann der reaktionären Militärpartei und sollte vor aller Welt und dem Volk erscheinen als der Vertrauensmann der Parlamentarier. Er sollte sich zum Schein auf den Boden der Friedensresolution stellen und sollte sie durch die Tat mit dem Ziele rein alldentscher Anreizpolitik bekämpfen. Zu diesem Zweck gab sich dieser muckerische Frömmel her. Sein tyrannisches Gewissen suchte er abzufinden durch Worte „wie ich sie auffasse“. Wir würden diesen Brief des Michaelis, wovon er dem Parlament ebenso wenig Mitteilung machte wie vom englischen Friedensschritt, als größtes Verbrechen am deutschen Volk bezeichnen, wenn wir absolut sicher wären, ob nicht die Forderung ein paar noch größere Verbrechen der Alldutschen enthüllen wird. Jedenfalls gehört dieser Fall vor den Staatsgerichtshof. Freilich muß man bei der Beurteilung Michaelis bedenken, daß dieser kleine Geist nur das Werkzeug härterer Kräfte war, das Werkzeug der alldentschen Militärpartei und der Zivillisten, die durch ihn den Verhängnisfrieden bereitete und damit das maßlose Unheil des deutschen Volkes vollendete. Sie alle sind gerichtet.

Regelung des Luftverkehrs in der Schweiz.

Bern. Das eidgenössische Militärdepartement teilt mit: Am 15. Juli hat der Bundesrat dem vom Militärdepartement ausgearbeiteten Entwurf zur neuen provisorischen Regelung des Luftverkehrs zugestimmt. Diese Regelung wird demnächst in Kraft treten. Ihr Zweck und Ziel sollen in nachfolgendem der Deutlichkeit dargelegt werden.

Die Notwendigkeit einer Regelung ergibt sich aus der Natur der Sache selbst. Der Staat hat für die Sicherheit des Publikums hinsichtlich des Luftverkehrs in ähnlicher Weise zu sorgen, wie er es beispielsweise auch hinsichtlich des Automobilverkehrs tut, und zwar umso mehr, als die Gefahr, der ein Passagier im Flugzeuge unter der Führung eines unerfahrenen und sorglosen Piloten

Wäre ich nicht so grenzenlos schwach, so würde ich diesen Herrn den Stuhl vor die Tür setzen. In dessen die Verantwortung auf dich! Ich habe keinen Anteil an dieser überreichten Verlobung!“

„Die Verantwortung hierfür trage ich gerne“, versetzte Frau Marie hochachsend. „Gorge du nur dafür, daß du den jungen Mann nicht zuguterletzt doch noch vor den Kopf stoßest! Behalte er nicht einen so ungewöhnlichen Herzensstark!“

„oder so ne auffällige Dickschüttigkeit, wie ich es nennen möchte!“ unterbrach sie Heinsdorf. Er wartete ihre Antwort nicht ab, sondern ging ins Nebenzimmer, um sich zum Auszug fertig zu machen.

Als er den Hut auf dem Kopf, wieder ins Zimmer trat, lachte er kurz auf. „Ich habe mich übrigens an dem mir bekannten Major von Dufner vom Bezirkskommando gewendet“, sagte er leichtglühend. „Da werde ich wohl ehestens erfahren, ob die Gerüchte wahr sind, wonach das Offizierspatent eines vielgepriesenen zukünftigen Schwiegersohnes eingezogen werden soll.“

Draußen klingelte es, was Heinsdorf veranlaßte, seinen Abgang schleunigst über die Hintertreppe zu nehmen. Seine Frau verharre ihrer Gewohnheit gemäß ruhig auf dem Sofa. Sie war wieder einmal voll trüber Vorahnungen. Ihr System war doch nicht unfehlbar, trotz der ständigen Einrichtung auf Abzahlung kamen die Ge-

richtsvollzieher unermüdet wieder. In der letzten Zeit war in der Hausaufstellungskasse wieder einmal tiefe Ebbe; die ganze Verlobungsgeschichte mit allem Drum und Dan hatte viel mehr gekostet als Frau Marie sich hatte träumen lassen, und ihr war selbst nicht ganz klar, woher sie eigentlich das Geld zu der bevorstehenden Hochzeit nehmen sollte. War sie auch fest entschlossen, auf Borg zu nehmen, was sie nur irgendwie gezwungen zu erhalten hoffen konnte: da waren immerhin gewisse, nicht zu umgehende Lieferantenkategorien, die grundsätzlich nur auf Barzahlung lieferten. Frau Marie hatte zwar einmal von Geld geträumt und es suchte sie auch im linken Handbeller, alles unzulässige Vorboten für das baldige Eintreffen eines neuen Geldschiffes. Aber woher sollte dieses eigentlich gesammelt kommen? Ob am Ende Maltiz, trotz seiner momentan nicht glänzenden Verhältnisse? — O ja, es war immerhin ein zu erwägender Ausweg, wenigstens die Möglichkeit zu einem solchen Lag vor. Und als nun die Magd mit der Meldung ins Zimmer trat, Herr Maltiz sei gekommen, um seine Braut abzuholen, entfuhr es der arglosen Enttäuschten: Ich werde meinen Schwiegerjahn anzunehmen versuchen!

Fortsetzung folgt.